

Die gemeinsame Schule für alle – auch in der Oberstufe?!

Lothar Sack

Ist die gymnasiale Oberstufe die adäquate Form der Sekundarstufe II für integrierte Schulen? Oder konterkariert sie als Einrichtung, die gerade nicht allen offensteht, die Schule für alle? Und beteiligt sich die Gesamtschule¹ „mit gymnasialer Oberstufe“ damit an der sozialen Selektion im Bildungsbereich, wenn vielleicht auch ungewollt und in nicht so krasser Weise wie das gegliederte System?

Die Oberstufe der „Schule für alle“

In der redaktionellen Vorbereitung des Heftes war klar, dass die gegenwärtige Situation – bildungspolitische Diskussion und Arbeit vor Ort – auch in einen umfassenderen und historischen Kontext eingeordnet werden müsste². Dazu gehört die Frage, ob die derzeitige Konstruktion der (gymnasialen) Oberstufe die angemessene Fortsetzung der integrierten Sekundarstufe I ist; schließlich schmückt sich die Schule für alle mit einer Oberstufe, die gerade die wegschickt bzw. wegschicken muss, die mehr Unterstützung nötig hätten. Diese Einsicht ist nicht neu:

- „Die Oberstufe erfüllt insofern nicht alle Merkmale einer Gesamtschule, als – mindestens noch für eine längere Zeit – nur ein Teil der Schüler von der Mittelstufe in die Oberstufe übergehen.“ (Dt. Bildungsrat 1969, S. 63)
- „Die Oberstufe der Gesamtschule muss als noch problematischer angesehen werden, als die gymnasiale Oberstufe selbst, weil die Gesamtschule als ihr Unterbau unter anderen Vorzeichen steht als das Gymnasium.“ (GEW 1986, S. 37)

Der Wunsch nach einer (gymnasialen) Oberstufe ist aus der Sicht der Einzelschule nachvollziehbar und legitim; hat sie doch sonst kaum eine Chance, in der Konkurrenz zu Gymnasien – und integrierten Schulen mit Oberstufe – zu bestehen und nicht „Restschule“ zu werden oder zu blei-

ben. Der Widerspruch zwischen der einleuchtenden – quasi betriebswirtschaftlichen – Sicht der Einzelschule und den eigentlich bildungspolitisch zu fordernden Notwendigkeiten – der quasi volkswirtschaftlichen Sicht – lässt eine Sackgasse erahnen, aus der man schwer wieder hinausgelangt.

Dabei hat es Ideen, Entwürfe und Versuche für eine Sekundarstufe II für alle gegeben, denen sich bisher jedoch im Wesentlichen immer die überkommenen Vorstellungen des Gymnasiums und auch des traditionellen Berufsbildungsbereichs entgegengestellt haben. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass auch Gesamtschulbefürworter, insbesondere derer mit gymnasialer Oberstufe von den Ideen weniger begeistert waren/sind.

Der Deutsche Bildungsrat

Es gab eine Zeit der bildungspolitischen Auseinandersetzung, die hoffen ließ, dass in der Bundesrepublik ein den Erfordernissen einer demokratischen Gesellschaft angemessenes Bildungssystem erreichbar wäre: die Ära des Deutschen Bildungsrats 1966 – 1975. Den Anstoß gaben u. a. Georg Picht (Picht 1964, Die Bildungskatastrophe) und Ralf Dahrendorf (Dahrendorf 1965, Bildung ist Bürgerrecht). An der öffentlich geführten Diskussion nahmen auch andere hochrangige Politiker und Gewerkschafter teil (Carl-Heinz Evers, Johannes Rau, Erich Frister, s. Literaturliste).

Die Empfehlungen des Bildungsrats, genauer seiner Bildungskommission, entwarfen ein Bildungssystem (Dt. Bildungsrat 1970) mit der Sekundarstufe II als integralem Bestandteil. Weitere Empfehlungen beschäftigten sich ausführlicher mit der Ausgestaltung dieser Sek II (Dt. Bildungsrat 1969, 1974).

Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung

Der Titel der Empfehlungen von 1974 beschreibt die Grundidee: „Zur Neuordnung der Sekundarstufe II – Konzept für eine Verbindung von allge-

meinem und beruflichem Lernen“. Wie weit die Vorstellungen über die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung gingen, zeigen die Zitate:

- „Das Spektrum der Bildungsangebote reicht von Kursen, die auf ein bestimmtes Hochschulstudium bezogen sind, bis zu Kursen, die auf den baldigen Eintritt in einen Beruf vorbereiten. Dadurch, daß verschiedene Bildungswege nicht als getrennte Zweige voneinander isoliert werden, soll der Dualismus von allgemeiner und beruflicher Bildung überwunden werden.“ (Dt. Bildungsrat 1969, S. 63)
- „Die Bildungsgänge der Sekundarstufe II sind so anzulegen, daß hinsichtlich der Fachkompetenz grundsätzliche Unterschiede zwischen berufs- und studienvorbereitenden Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten vermieden werden. Für die Förderung der gesellschaftlich-politischen Kompetenz sind in viel höherem Maße als bisher berufsbezogene Inhalte heranzuziehen, um Zusammenhang, Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit der Bildungsgänge tatsächlich herzustellen.“ (Dt. Bildungsrat 1974, S. 51)

Die Vorschläge der Bildungskommission für die Sekundarstufe II versuchen das Spannungsfeld zwischen selbstbestimmter individueller Qualifizierung und sozialer Eingebundenheit für jeden Lernenden auszubalancieren: selbstbestimmte Wahl des Bildungsziels, eigene Schwerpunktsetzung, Wechselmöglichkeiten zwischen verschiedenen Bildungsgängen, individuelle Verweildauer in der Oberstufe, Wahl des Anspruchsniveaus; Kurssystem mit (1.) Schwerpunktkursen, (2.) obligatorischem Lernbereich (Sprache, Mathematik, Politik und Spiel), darin fächerübergreifender epochaler „Gesamtunterricht“, eine spezifische „Grundkurs“-Didaktik, (3.) einem Wahlbereich; nicht nur Abitur als Abschluss; Berufsorientierung und -vorbereitung für alle, intensive Schullaufbahnberatung; ...

Beeindruckend ist, wie die Autoren ihre Empfehlungen begründen und herleiten. Auf der Grundlage eines demokratisch geprägten Menschen- und Gesellschaftsbildes entwerfen sie Prinzipien sowie Organisationsstrukturen eines adäquaten Bildungssystems: Eine selbstbestimmte individuel-

le Entfaltung jedes Einzelnen und ein demokratiestiftendes soziales Lernen werden als sich gegenseitig bedingend und verstärkend gesehen. Konsequenterweise landen die Autoren immer wieder bei Organisationsformen, die Menschen mit verschiedenen individuellen Zielen und unterschiedlichem Können zusammenführen, ihnen letztlich dabei wesentliche Entscheidungen zubilligen und zumuten. Diese grundlegenden Ideen werden systematisch zur Legitimierung organisatorischer Vorschläge herangezogen und bleiben nicht – wie leider sonst häufig – auf die bloße Nennung in der Präambel beschränkt.

Immerhin wurde etwa mit den Kollegschulen in Nordrhein-Westfalen, auch mit den Oberstufenzentren in Berlin versucht, die stärkere Zusammenführung von beruflicher und allgemeiner Bildung wenigstens sektoriell zu praktizieren (Petry 1987). Die gesellschaftlichen Kräfte, die diese Versuche bekämpft und z. T. zum Scheitern (Fingerle 2020) gebracht haben, waren im Wesentlichen dieselben, die auch einer Integration der Schulformen der Sekundarstufe I entgegenstanden und stehen.

Reform der gymnasialen Oberstufe

Sicher greift die Oberstufenreform Anfang der 70er Jahre mit der Einführung des Kurssystems einige Vorschläge auf, beschränkt sie aber auf die Stärkung der Studierfähigkeit, damit auf die gymnasiale Oberstufe, und setzt so die Kernidee – die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung – nicht um. Nicht einmal die Berufsorientierung für akademische Berufe findet ihren Niederschlag. Konnte man die Einführung des Kurssystems zu Anfang als (hoffnungsvollen) Einstieg in eine Öffnung der Oberstufe ansehen, so hat uns ein Roll back eines Schlechteren belehrt: Einschränkungen von Wahlmöglichkeiten und individuellen Verläufen, Orientierung an einem traditionellen Wissenskanon und mancherorts die (Quasi-)Abschaffung des Kurssystems (Neumann 2010).

GEW und GGG

Auch GEW und GGG haben sich in der Frage der Sekundarstufe II positioniert. 1986 ist die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung noch deutlich im Fokus der GEW:

- „Merkwürdig, dass etwa die Disziplin Arbeitswissenschaften im Kursprogramm der Oberstufe gar nicht auftaucht.“ (GEW 1986, S. 38)

Auch danach gibt es Forderungen für eine deutliche Öffnung der Möglichkeiten in der allerdings „nur“ gymnasialen Oberstufe (GGG 1995) (GEW 2005, 2016, 2017, 2019). Die Integration beruflicher und allgemeiner Bildung wird zu einem Fernziel, wenn nicht gar nur zu einem „nice to have“.

Perspektiven?

Inzwischen sind viele Berufsbilder geprägt durch höhere Theorieanforderungen, insbesondere auf Grund der Digitalisierung (Mechatroniker) sowie eine Akademisierung (soziale Berufe). Dies ist einher gegangen mit einer Verzehnfachung der Abiturientenzahlen seit den 50er Jahren. Die elitäre Position des Gymnasiums ist deutlich in Frage gestellt: Über 50 % eines Schülerjahrgangs erwirbt das Abitur, das zum häufigsten Schulabschluss geworden ist ... und größtenteils erwerben die Abiturienten ihre Qualifikationen nicht

dort. Umso notwendiger wird etwa die Einführung berufsorientierender und -vorbereitender Kurse, egal in welcher Schulart und unabhängig davon, ob sich nach dem Abitur eine Berufsausbildung, ein duales oder ein rein akademisches Studium anschließt. Deuten sich in derartigen Veränderungsnotwendigkeiten Konvergenzpunkte sowohl für die Sek I als auch die Sek II an?

Vielleicht ist Joachim Lohmanns Forderung nach einem Abitur für alle, gar einem Studium für alle (Lohmann 2022) so illusionär nicht.

.....
Literaturliste auf ggg-web.de

Endnoten

¹ Ich verwende „Gesamtschule“, „integrierte Schule“, „gemeinsame Schule für alle“ synonym, ungeachtet des Namenswirrwarrs, den die Kultusministerien angerichtet haben.

² s. auch den Beitrag von Chr. Lohmann über Klaus Klemms Abiturartikel im vorliegenden Heft

Schulversuch „Hybrides Lehren und Lernen“ – Berlin

Barbara Riekmann

Der auf drei Jahre angelegte Schulversuch startete im Juni 2021 mit insgesamt 18 Schulen aller Schulformen¹.

Ziel dieses Schulversuchs ist, den digitalen Unterricht zu optimieren. Und zwar indem Unterrichts- und Prüfungsformate unter Einbeziehung selbstregulierten Lernens neu entwickelt werden. Insbesondere soll auch ein Fokus auf die Änderung der Raum- und Zeitstruktur unter Einbeziehung außerschulischer Lernorte gelegt werden.

Zudem soll erprobt werden, wie digitale Medien eingesetzt werden können, um selbstreguliertes, individualisiertes und kollaboratives Lernen zu unterstützen.

Ausdrücklich bezieht sich dieser Schulversuch auf die 21st Century Skills.

Formen der Leistungsrückmeldung und der Prüfungen sollen überdacht und ggf. innoviert werden. Dies bezieht sich, so Frau Dr. Eva Heesen, zuständige Vertreterin in der Senatsverwaltung, auch auf die Abiturprüfung. Bisher gibt es im Netzwerk noch keine Schule, die diese Möglichkeit für sich in Betracht gezogen hat. Im Schuljahr 22/23 soll auch die Auseinandersetzung mit Prüfungsformaten im Fokus stehen.

Die Schulen werden durch das Learninglab aus Köln begleitet. Die Humboldt-Universität Berlin evaluiert das Projekt.

Die Schulen arbeiten regelmäßig in Netzwerken zusammen. Einmal im Jahr findet ein Barcamp statt.

Weitere Informationen:

https://www.bildungundmedien.de/Senatsverwaltung/416_Hybrides_Lehren_und_Lernen.htm
(abgerufen 25.10.2022)

¹ Bernd-Ryke-Grundschule, Carl-von-Ossietzky-Gemeinschaftsschule; Charlotte-Wolff-Kolleg, Droste-Hülshoff-Gymnasium, Fritz-Kühn-Schule, Gymnasium Steglitz, Hans-Carossa-Gymnasium, Heinz-Brandt-Schule, John-Lennon-Gymnasium, Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Klax-Gemeinschaftsschule, Kurt-Tucholsky-Oberschule, Leibniz-Gymnasium, Lina-Morgenstern-Gemeinschaftsschule, Nelson-Mandela-Schule, Otto-Nagel-Gymnasium, Paul-Löbe-Schule, Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule